

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Konsequenzen aus dem Bildungsnotstand ziehen - Vorschule einführen, Kernfächer stärken und Bildungsniveau anheben**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die letzten beiden Kindergartenjahre vor der Einschulung als Vorschule zu konzipieren, in der altersangemessen und spielerisch, aber auf einem allgemeinverbindlichen Lern- und Bildungsplan, einschließlich einheitlicher Bildungsstandards, fußend die systematische Vermittlung
  - von Grundlagen des (Hand-)Schriftspracherwerbs (u. a. durch die Aneignung feinsowie grafo- und schreibmotorischer Fähig- und Fertigkeiten) sowie
  - von mathematischen,
  - naturwissenschaftlichen und
  - künstlerisch-ästhetisch-musischen Grundlagen erfolgt.Auf diese Weise kann gezielter als bislang der Weg vom Kindergarten in die Grundschule geebnet und somit das Fundament für einen erfolgreichen Schulstart gelegt werden.
2. dem Unterricht in den Kernfächern Deutsch und Mathematik durch Umschichtungen in der Kontingenzstundentafel für die Grundschule sowie der Vermittlung und Aneignung der basalen Fähig- und Fertigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen) höchste Priorität einzuräumen.  
Hierfür wird der Unterricht in der ersten Fremdsprache in den Doppeljahrgangsstufen 1/2 sowie 3/4 zum Schuljahr 2023/2024 zunächst ausgesetzt und mit Beginn des Schuljahres 2024/2025 abgeschafft. Die dadurch freigesetzten Unterrichtsstunden sind zu gleichen Anteilen auf die Hauptfächer zu verteilen, um die effektive Lernzeit für das gezielte Erlernen, Einüben und Automatisieren der grundlegenden Kulturtechniken zu steigern.
3. dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport spätestens bis zum Ende des vierten Quartals 2023 ein ausführliches Konzept vorzulegen, wie das Bildungsniveau flächendeckend angehoben werden kann sowie die Unterrichtsqualität und Unterrichtseffektivität im Land Brandenburg erhöht werden können. Das Konzept soll in enger Abstimmung mit Bildungsexperten und Lehrerverbänden erarbeitet werden und konkrete Lösungsvorschläge für den Bereich der frühkindlichen Bildung, den Primar- und Sek-I-Bereich sowie für die gymnasiale Oberstufe umfassen. Hierbei sind auch die Novellierung und die inhaltliche Entschlackung der aktuell gültigen Rahmenlehrpläne in Betracht zu ziehen.

4. die Eingliederung von ausländischen Kindern mit Migrationshintergrund in Regelklassen an Grund- und weiterführenden Schulen nur unter der Voraussetzung des Nachweises ausreichender Deutschkenntnisse vorzunehmen, die es dem jeweiligen Schüler ermöglichen, dem Unterricht problemlos folgen zu können („Deutsch vor Regelbeschulung“). Zum Erreichen dieses Ziels sind alle Kinder und Jugendlichen ohne entsprechendes Sprachniveau ausnahmslos in speziell einzurichtenden Vorbereitungsgruppen zu beschulen. Die Entscheidung über die Aufnahme in eine Regelklasse soll zum Ende eines jeden Schuljahres mittels flächendeckend durchzuführender und standardisierter Spracheignungstests erfolgen.
5. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, dass der Anteil von geflüchteten Schülern oder Schülern mit Migrationshintergrund an den allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft des Landes Brandenburg pro Klasse bzw. Kurs bis zum Schuljahr 2028/2029 auf zehn Prozent gedeckelt wird.

#### Begründung:

Nach den niederschmetternden Ergebnissen Brandenburger Viertklässler im IQB-Bildungstrend und dem miserablen Abschneiden deutscher Schüler derselben Jahrgangsstufe in der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) 2021, an der weltweit 65 Staaten und Regionen teilgenommen hatten, steht fest: Der dramatische Niedergang der einstmaligen Bildungsnation Deutschland setzt sich ungebremst fort. Lagen deutsche Viertklässler im internationalen Vergleich bei der Leseleistung im IGLU-Bericht 2011 noch im oberen Drittel, rutschten sie bereits im nachfolgenden Bericht aus dem Jahr 2016 ins Mittelfeld ab und drohen nun, von der internationalen Konkurrenz vollends abgehängt zu werden: Ein seit der letzten IGLU-Untersuchung von 2016 sprunghaft angestiegener Anteil von inakzeptablen 25 Prozent der Grundschüler erreicht am Ende der vierten Klasse mittlerweile nicht einmal mehr die international gültigen Mindeststandards im Lese- und Textverständnis. Oder anders ausgedrückt: Ein Viertel der Grundschüler kann überhaupt nicht lesen. Dies zeigt: Der Staat versagt seit Jahrzehnten bei der frühkindlichen und schulischen Bildung des Nachwuchses und versündigt sich damit an den Bildungs- und Zukunftschancen der jetzigen und zukünftigen Generation.

Bis auf beiläufige und hinlänglich bekannte Betroffenheitsbekundungen von Bildungspolitikern auf Bundes- und Landesebene wurden bis heute keinerlei substanzielle und praktikable Lösungsvorschläge unterbreitet, wie sich der empirisch nachweisbare Bildungsniedergang aufhalten ließe. Auch aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sind keine mündlichen oder schriftlichen Stellungnahmen als Reaktion auf die IGLU-Ergebnisse bekannt.

Dabei liegen die Gründe für den Leistungsabsturz auf der Hand – und sie sind hausgemacht:

1. die offenkundige und von der Politik maßgeblich geförderte Geringschätzung von Leistungsorientierung, Anstrengung, Fleiß und Disziplin.
2. eine Didaktik und eine Methodik, in denen das (Ein-)Üben basaler Grundfertigkeiten verpönt ist und stattdessen „Individualisierung“, „binnendifferenzierter Unterricht“, „freies Lernen“ usw. überbetont werden.

3. eine Aushöhlung des Berufsprofils des Lehrers, der zunehmend lediglich als „Lernbegleiter“ betrachtet wird. Damit verbunden ist ein beträchtlicher Vertrauens- und Ansehensverlust dieses so bedeutsamen Berufsfelds in der öffentlichen Wahrnehmung, was mit der von der Landesregierung beabsichtigten Rekrutierung und Verbeamtung von Bachelorabsolventen zur rein quantitativen Linderung des dramatischen Lehrermangels noch zusätzlich befeuert wird. Dies wird zu weiteren Qualitätsverlusten in der Bildung und im Unterricht führen.
4. die ungezügelte Masseneinwanderung, die Kindergärten und Schulen massiv überfordert. Die Migrantenquote an Brandenburger Schulen ist seit dem Schuljahr 2012/2013 bis zum Schuljahr 2021/2022 von 1,78 Prozent auf 7,4 Prozent angestiegen und dürfte unter Berücksichtigung der über 6000 nach Brandenburg geflüchteten ukrainischen Kinder und Jugendlichen mittlerweile bei über zehn Prozent liegen – Tendenz steigend. Gleichzeitig herrscht ein eklatanter Mangel an personellen und räumlichen Kapazitäten für eine gezielte Förderung im Erlernen der deutschen Sprache.
5. die Weigerung, trotz der desolaten Lage des Schul- und Bildungssystems ideologisch gefärbte, vorrangig linksgrüne „Bildungsprojekte“, die sich bei der Bewältigung der Bildungsmisere nun als hinderlich erweisen, zurückzunehmen. Hierzu gehört auch und insbesondere das Dogma des „gemeinsamen Lernens“. Tatsache ist: Die inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf in Regelklassen war zu keinem Zeitpunkt ausreichend personell oder finanziell untersetzt, vollzieht sich zum Schaden gerade der förderungsbedürftigen Schüler und ist gescheitert.
6. die aus diesen Umständen resultierende, stetig voranschreitende Heterogenisierung der Schülerschaft in sprachlicher, kultureller und lernleistungsbezogener Hinsicht, die einen gut organisierten, effektiven Unterricht schulformübergreifend zunehmend verunmöglicht und Lehrer immer öfter an die Grenze der Belastungsfähigkeit oder darüber hinaus bringt.
7. die katastrophalen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen im Bildungsbereich, die den seit Jahren zu beobachtenden Trend sinkender Lernleistungen in unverantwortlicher Weise verschärft haben und gewaltige Wissens- und Könnenslücken gerissen haben, die weiterhin fortbestehen.
8. die aus alledem folgende Auflage unzähliger und immer neuer bildungspolitischer Sonderförderprogramme für lernschwache Kinder, für Kinder aus sozial benachteiligten Familienverhältnissen, für geflüchtete Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund seitens des Bundes und des Landes, die allesamt - obwohl stets begleitet von einem beträchtlichen finanziellen Aufwand auf Steuerzahlerkosten - offenkundig das Ziel verfehlt haben, sozioökonomische, migrationsbedingte oder lernleistungsbezogene Disparitäten zwischen den Schülern aufzulösen und eine seit Jahrzehnten propagierte „Bildungsgerechtigkeit“ herzustellen. Die Ergebnisse nationaler und internationaler Schülerleistungsuntersuchungen belegen vielmehr, dass sich die Bildungsungerechtigkeit stetig vertieft und verfestigt. Das politisch gesetzte Ziel von „Chancengleichheit“ schlägt sich vor allem darin nieder, dass ein immer größerer Anteil der Schülerschaft gleich schlechte Schul- und Lernleistungen erbringt.

Angesichts dieser Situation ist ein politisches Umsteuern in der Bildungspolitik überfällig. Es ist in allen Bereichen durch geeignete und wirksame Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass kein Kind mehr die Mindeststandards in den kulturellen Grundfertigkeiten verfehlt, deren sicheres Beherrschen das Rüstzeug darstellt und das Fundament für eine erfolgreiche Bildungsbiografie legt.

Es ist deshalb unausweichlich,

ad 1: die Elementar- und Grundschulbildung wirksamer und enger miteinander zu verzahnen. Hierfür braucht es die Einrichtung einer Vorschule in den letzten beiden Kindergartenjahren vor der Einschulung mit allgemeingültigen und -verbindlichen Bildungszielen und -standards im Bereich der frühkindlichen Bildung. Die Konzeption der „École maternelle“ in Frankreich, die seit September 2019 von allen drei- bis sechsjährigen Kindern verpflichtend zu besuchen ist, kann hierbei als Vorbild dienen.

ad 2: Umschichtungen in der Kontingenzstundentafel in der Grundschule zur Stärkung der Kernfächer vorzunehmen. Laut den Autoren des IGLU-2021-Abschlussberichts beträgt u. a. der Umfang lesebezogener Aktivitäten an deutschen Grundschulen pro Schulwoche nur etwa 141 Minuten. Das sind nur knapp 28 Minuten pro Schultag. Damit liegt Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 205 Minuten bzw. dem EU-Durchschnitt von 194 Minuten pro Woche.<sup>1</sup>

Angesichts der massiven Defizite Brandenburger Grundschüler nicht nur im Lesen, sondern auch im Schreiben und Rechnen, ist die weitere Verwendung wertvoller Unterrichtszeit im Rahmen der „Begegnung mit fremden Sprachen“ sowie für den Unterricht in der ersten Fremdsprache nicht länger vermittelbar. Daher ist der Fremdsprachenunterricht in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 zunächst auszusetzen und zum Schuljahr 2024/2025 gänzlich abzuschaffen, um die freiwerdende Unterrichtszeit für Deutsch und Mathematik zu verwenden. Ebendies forderte kürzlich auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger.<sup>2</sup> Es muss alles dafür getan werden, dass kein Kind im Land Brandenburg schon zu Beginn seiner Schullaufbahn abgehängt wird, weil es am Ende der vierten Klasse selbst an den Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen scheitert – mit allen daraus resultierenden Negativfolgen für den weiteren Bildungsverlauf sowie für das spätere Erwerbsleben.

---

<sup>1</sup> Vgl. Nele McElvany, Ramona Lorenz, Andreas Frey, Frank Goldhammer et al. (Hrsg.): *IGLU 2021. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre* (TU Dortmund/Institut für Schulentwicklungsforschung), 2023, S. 185 f. Der vollständige Berichtsband sowie weitere Materialien sind abrufbar unter: <https://ifs.ep.tu-dortmund.de/forschung/projekte-am-ifs/iglu-2021/> (letzter Aufruf: 25.05.2023).

<sup>2</sup> Vgl. u. a. BR24: „Meidinger fordert ‚Konzentration auf Basics‘ an Grundschulen“, 19.05.2023, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/meidinger-fordert-konzentration-auf-basics-an-grundschulen,Teh2Sih> (letzter Aufruf: 25.05.2023).

- ad 3: das Bildungsniveau sowie die Qualität von Bildung und Unterricht an den Schulen des Landes Brandenburg durch weitergehende Maßnahmen schulformübergreifend deutlich zu steigern. Hierfür braucht es eine umfassende Problem- und Potenzialanalyse sowie ein umfangreiches Konzept, in dem kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen definiert werden, um sich dem weiteren Bildungsverfall entgegenstemmen zu können. Ein derartiges Konzept ist notwendigerweise unter breiter Einbeziehung von Bildungsexperten und Lehrerverbänden zu erstellen, um wertvolle Impulse aus der pädagogischen, didaktischen, methodischen Praxis einfließen lassen zu können. Gleichzeitig steht außer Frage, dass die aktuell gültigen Rahmenlehrpläne inhaltlich überfrachtet sind und dringend entschlackt – d. h. auf das Wesentliche reduziert – werden müssen.
- ad 4 & 5: geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht in schulische Regelklassen bzw. -kurse einzugliedern, solange sie nicht über nachweisbar hinreichende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift verfügen, die es ihnen ermöglichen, dem Unterricht mühelos und ohne weitergehende umfangreiche Sprachfördermaßnahmen folgen zu können. Bereits im Bericht zum IQB-Bildungstrend 2021 hatten die Studienautoren darauf hingewiesen, dass „die Kompetenzeinbußen für Kinder mit Zuwanderungshintergrund in fast allen Bereichen stärker ausfallen als für Kinder ohne Zuwanderungshintergrund“. Trotz des insgesamt stark abfallenden Kompetenzniveaus seien „ein deutlicher Schereneffekt und eine Zunahme zuwanderungsbezogener Disparitäten zu beobachten.“<sup>3</sup> Diese Aussagen bleiben mit Blick auf die IGLU-Ergebnisse weiterhin gültig. So erklärte u. a. *Welt*-Online-Autor Alan Posener zum Abschneiden deutscher Schüler, es sei „absurd“, zu leugnen, dass der „Bildungsabstieg“ der Bundesrepublik auch „mit der Zuwanderung zusammenhängt“.<sup>4</sup>
- Die Landesregierung ist daher aufgerufen, diese Realitäten anzuerkennen und daraus die entsprechenden und naheliegenden Konsequenzen zu ziehen.

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg appelliert an die Landesregierung, namentlich an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, und an die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, ihrer Verantwortung gegenüber der jetzigen und der nachwachsenden Generation endlich gerecht zu werden, die massiven Probleme im Schul- und Bildungsbereich unseres Bundeslandes nicht länger zu ignorieren, parteipolitisch motivierte Interessenslagen hintanzustellen und zum Wohle der Kinder und Jugendlichen diejenigen Maßnahmen im Bildungssystem zu ergreifen, die es angesichts der dramatischen Entwicklung so dringend braucht.

---

<sup>3</sup> Vgl. Petra Stanat, Stefan Schipolowski, Rebecca Schneider, Karoline A. Sachse, Sebastian Weirich, Sofie Henschel (Hrsg.): *IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich*, Pressemappe, 2022, S. 23. Abrufbar unter: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/> (letzter Aufruf: 10.01.2023).

<sup>4</sup> Vgl. Alan Posener: „Verheerende Leseleistungen: Der wahre Klassenkampf – Was Deutschland zum Bildungsverlierer macht“, in: *Welt*-Online v. 23.05.2023, <https://www.welt.de/kultur/plus245388206/Schule-Der-wahre-Klassenkampf-Was-Deutschland-zum-Bildungsverlierer-macht.html> (letzter Aufruf: 25.05.2023).